

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 3 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Waupenstr. 1/8,
und durch Postreure zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessengebör
beruht für die einpaltige
Colonelle über deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Veranlagungs-Anzeigen
15 Pfennig
Mehrwertige Inserate 35 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 167.

Breslau, Donnerstag, den 20. Juli 1911

22. Jahrgang.

Graf Wolff-Metternich.

In Berlin hat in den letzten Wochen einer jener Sensationsprozesse stattgefunden, deren Einzelheiten wir absichtlich unsere Spalten verschließen, die aber in sich doch oft charakteristische Züge aus dem modernen Gesellschaftsleben bieten. Diese charakteristischen Züge hat aus dem Prozeß des Grafen Wolff-Metternich ein Berliner Schriftsteller, der bekannte Demokrat Hellmut v. Gerlach, in überaus geschickter Weise herausgezogen, und da sein Artikel in der „Welt am Montag“ auch die Einzelheiten der Verhandlung erzählt, so er auch für unsere Leser ohne weiteres verständlich. Herr v. Gerlach bezeichnet den neuesten „Fall“ wie folgt:

Gisbert Graf Wolff-Metternich ist nicht typisch für den deutschen Adel. Aber seine Gesinnung ist typisch für einen Bruchteil des Adels. Und seine Taten sind vor allem typisch für die Denkweise eines erheblichen Teiles des Bürgertums.

Der jetzt erst 25 Jahre alte Angeklagte hat schon als Knabe die systematische Ausbildung zur „Landesgemäßen“ Drohne begonnen; als jugendlicher Gymnasiast lernte er nichts und machte Schulden. Gepumpt wurde ihm schon als Bengel, weil er oblig war. Er wanderte von einem Gymnasium zum anderen, immer mit demselben negativen Erfolge. Dann sandte ihn der Vater nach Amerika. Er kam wieder. Zweite Reise nach Amerika. Zweite Wiederkehr, natürlich erst, nachdem das ganze Geld verjuzt war. Nun hatte der Vater die Geschichte satt, verbot ihm das Haus und setzte ihm eine Monatsrente von 30 Mark aus.

Dreißig Mark monatlich für einen Grafen Wolff-Metternich! Selbst wenn er in der Volksküche gegessen hätte, wäre er damit nicht ausgekommen. Und er wollte doch selbstverständlich im Esplanadehotel essen.

Jung-Gisbert lebte in Berlin wie die Lilie auf dem Felde; er säte nicht, er erntete nicht, aber die Hoflieferanten und die Hofdirektoren, die Wucherer und die Pensionärinhaber ernährten ihn doch. Daß der Herr Graf gerade den Hoflieferanten den Vorzug seiner Kundschaft mit Vorliebe zuwandte, hat seinen guten Grund. Wer das Vertrauen des Hofes genießt, fühlt sich natürlich moralisch genötigt, einem Grafen Vertrauen entgegenzubringen.

Der Herr Graf trat durchaus standesgemäß auf. Er blieb alle Schuße schuldig, aber er trug kein Paar unter 40 Mark, sodaß er binnen kurzem eine Schusterrechnung von 600 Mark kontrahiert hatte. Die Strümpfe kosteten ihn 30 Mark das Paar — nebenbei bemerkt, ich wußte bisher nicht, daß es überhaupt möglich sei, so kostbare Herrenstrümpfe herzustellen. Wenn er einer Dame einen Rosenstrauß berechnete, so gab er mit Vergnügen 50 Mark dafür aus. Für ein Glas Bordele auf einem Wohlthatigkeitsfest 100 Mark. Noblese oblige! Wenn der Brillantennieße 1200 Mark zur Ergänzung ihres Schmuckes fehlen, so springt der Herr Graf mit einem Wechsel ein. Kleinigkeit, wenn man 30 Mark Monatsseinnahme hat! Natürlich hat er ein eigenes Auto. Das hat doch jeder Mensch, der ein bißchen was auf sich hält. Natürlich läuft er auch gelegentlich ein Reitpferd. Natürlich ist er gern bereit, 50.000 Mark Anteile für eine neu zu begründende Aktiengesellschaft zu zeichnen. Natürlich jezt er um Laufende. Natürlich ist er Stammgast in den feudalsten Badeorten, wo er 50 bis 60 Mark täglich ausgibt.

Er hat ja 30 Mark Monatsrente!
Als aber der Vorsitzende des Gerichtshofes ihn einen bezahlten Reifemarschall der Frau Truth Wertheim nennt, da fährt er auf, wie von der Tarantel gestochen:

„Erlauben Sie, Herr Vorsitzender, bisher hat sich Graf Wolff-Metternich noch nicht als Reifemarschall engagieren lassen, besonders nicht von Kaufleuten! Soweit sind wir denn doch noch nicht gekommen.“

Ein Reifemarschall hat das Gepäc zu expedieren, die Zollrevision zu überwachen, Zimmer in den Hotels zu bestellen, die Trinkgelber auszusuchen usw. Kurz, er verrichtet eine gewisse Arbeit, wenn auch eine außerordentlich mindwertige. Immerhin kann man hier von Leistung und Gegenleistung sprechen. Der Reifemarschall steht daher moralisch natürlich unendlich höher, als der Nichts-als-Schmarotzer vom Schlage des Grafen Wolff-Metternich.

Aber der Herr Graf denkt darüber anders. Es geniert ihn nicht, hundertmal soviel auszugeben, als er einnimmt, und dadurch andere Leute um ihr Geld zu bringen. Es geniert ihn nicht, als absoluter Nichtstuer sein Leben hinzubringen. Es geniert ihn nicht, an eine Bank, bei der er kein Konto hat, einen Scheck auszuscheiden, also Betrug in der glatteften Form zu verüben. Es geniert ihn nicht, auf die Heirat mit irgend einer ihm völlig gleichgültigen Millionärin zu spekulieren, nur um ungeführt sein Votterleben fortsetzen zu können. Jede Gemeinheit scheint ihm als immer noch verträglich mit seinem stolzen Namen. Aber sich für die Arbeit eines Reifemarschalls bezahlen lassen, und noch dazu von Kaufleuten bezahlen lassen, — das Gedanke erfüllt ihn direkt mit moralischer Entsetzen. „So tief“ ist er noch nicht gesunken. Betrüger — meinetwegen ja! Reifemarschall eines Kaufmanns — pfui Teufel!

Junkermental! Zunächst allerdings nur die Moral eines brüchigen Junkers von der Art, wie sie uns alle paar Tage ein Prozeß enthüllt, wie sie uns Annemarie von Nathusius in ihrem Roman aus dem Leben „Der stolze Lumpentram“ geschildert hat. Aber doch eine Moral, die ihre Wurzel hat in der Weltanschauung des Junkertums als Klasse. Sie ist geboren aus der Ueberhebung, die noch heute die Mehrzahl unserer Adelligen charakterisiert. Sie blinken sich etwas Besseres als das übrige Volk. Sie dinieren beim Juden, sie jagen beim Juden, sie heiraten schließlich, wenn es gar keine andere Rettung mehr gibt, sogar seine Tochter. Aber einen Juden als Kameraden aufzunehmen — so tief sinken sie denn doch nicht. Sie billigen Nichtstun, sie verzeihen Schuldenmachen, sie beteiligen sich am Feiern, aber in den Privatdienst eines Kaufmanns, wozumöglich eines jüdischen, treten — das deklariert! Man kann tief sinken — vom Standpunkt der bürgerlichen Moral — und bleibt doch umgangs- und vor allem satisfaktionsfähig. Aber so tief darf man nicht sinken. Das verbietet die junkerliche Moral.

Diese junkerliche Moral erscheint sehr lächerlich oder sehr verächtlich, je nachdem wie man es auffaßt. Aber daran, daß sie sich überhaupt entwickeln konnte, trägt die eigentliche Schuld gar nicht das Junkertum, sondern das Bürgertum selbst.

Die Junker könnten keinen solchen Unterschied zwischen sich und dem Bürgertum machen, wenn die Bürger nicht zu einem so großen Teil in dem Adel etwas Besonderes erblickten.

Der adlige Name ist ein Kreditbrief. Herr Hofschuhmachermeister Breitprecher proklamiert es als Geschäftsgrundsatz, daß, wer sich Graf nennt und ein Schloß als Adresse angibt, ohne weiteres Kredit hat. Unzählige Prozesse haben uns gezeigt, wie leicht es adligen Hochstaplern fällt, Handwerker und Kaufleute hereinzulegen. Ein Papierwarenhändler hat eben als Zeuge ausgesagt, daß er immer nur an Leute mit vieljadigen Kronen Geld verloren habe. Doch alle diese Lehren sind nur dazu da, daß nichts aus ihnen gelernt wird. Immer weiter wird Adligen um ihres Adels willen geborgt. Und das bürgerliche Publikum, das hat bezahlen muß, nimmt es den Geschäftsleuten aufscheinend gar nicht übel, wenn sie ihm um so höhere Preise abverlangen, je größer die Ausfälle bei zahlungsunfähigen Junkern sind.

Der adlige Name ist ein Köder. Nie wäre eine faule Teppichfabrik auf den Gedanken gekommen, einen schuldenbeladenen jungen Ignoranten namens Schulze oder Sohn durch Geldopfer zum Aufsichtsratsmitgliede zu gewinnen. Aber ein Graf, — das lohnt schon ein paar Tausend Mark! Auf einen Grafentitel mußten ungezählte Dumme hereinfallen. Schon seit den Gründerjahren weiß man ja, wie viel Leute um deswillen zu einer Gesellschaft Vertrauen haben, weil ein paar „Mingende“ Namen im Aufsichtsrate figurieren.

Der adlige Name ist ein Empfehlungsbrief. Frau Truth Wertheim lernte den ihr bis dahin völlig unbekanntem Grafen Wolff-Metternich auf einem Feste kennen und forderte ihn umgehend auf, bei ihr zu verkehren. Ob sie jeden Mayer oder Müller, der ihr vorgestellt wird, auch alsbald in ihr Haus bittet?

Der Adel verachtet das Bürgertum, weil er sieht, wie hoch die Bürger den Adel als solchen einschätzen. Ich sage ausdrücklich: die Bürger. Denn leider sind es nicht bloß vereinzelte bürgerliche Elemente, die in Ehrfurcht vor jedem Adelspräbikat erschauern. Es handelt sich um fast allgemeine Ignorierung des Bürgertums. Wie viele Leute gibt es denn, die eine „Erhebung“ in den Adelsstand als unwürdige Zumutung zurückweisen? Sonst treffliche Männer haben wir weich werden sehen, als die Veruchung an sie herantrat, den bürgerlichen Namen, den sie zu Ehren gebracht hatten, mit einem adligen zu vertauschen.

Gäbe es keine Fehler, so würde die Junst der Diebher gewaltig zusammenschmelzen. Gäbe es kein Bürgertum, das im Adel einen „höheren Stand“ erblickt, so könnten die adligen Hochstapler einpacken.

Politische Ueberblick.

Das Wunder vom Rhein.

Die große Entwicklung der Weltgeschichte vollzieht sich nach unabänderlichen Gesetzen, in ihren Einzelheiten scheint sie aber oft genug von absonderlicher Laune und Willkür beherrscht. Mit ernstem Griffe schreibt Klio die Geschichte, aber die Tagespolitik ist eine etwas hysterische Dame, die die Abwechslung liebt und bisweilen für das Aparteste die größte Vorliebe hegt. So wird man in den nächsten Wochen in Düsseldorf das Schauspiel einer Reichstagsersatzwahl antreffen können, bei der alle politische Naturgesetzmäßigkeit aufgehoben scheint, so daß sie beinahe schon wie ein lustiges Wunder wirkt.

Seit Jahrzehnten ist man gewohnt, Zentrum und Nationalliberale bei den Wahlen im schärfsten Kampfe gegeneinander zu sehen, dabei pflegt sich gewöhnlich das Zentrum als die „Volkspartei“ aufzuspielen und dem Nationalliberalismus die Rolle der Geldpartei zuzuschreiben, die ihr ihrer

ganzen Natur und Herkunft nach wohl auch zukommt. Die Nationalliberalen dagegen beklammern gar nicht übel gegen die römische Geistesverfinsternung, sie schwärmen für Licht und Aufklärung und Kultur.

In Düsseldorf präsentiert jetzt das Zentrum einen hanfschindlerischen Geldsackmann als seinen Kandidaten, und die für Aufklärung und Kultur schwärmenden Nationalliberalen, wenigstens soweit sie unter dem Einfluß der Scharfmacher stehen, sind bereit die Kandidatur dieses begüterten Dunkelmannes nach Kräften zu begünstigen. Sonst heißt es bei ihnen, „für Bildung und Besitz.“ Dießmal ganz einfach für den Besitz und gegen die Bildung.

Das ist aber noch nicht das Sonderbarste. In Düsseldorf besteht eine Liberale Vereinigung, der sowohl Nationalliberale wie auch Fortschrittler angehören. Schutzjöhner und Freihändler, Pluralwahlrechtler und Anhänger des gleichen Wahlrechts, uferlose Piottenphantasten und stramme Jünger Eugen Richters sitzen da einträchtig beisammen. Diese Liberale Vereinigung fand den Beschluß, keinen Kandidaten aufzustellen, mit der geheimen Absicht, die Wahl des Zentrumskandidaten dadurch zu fördern. Die Fortschrittler fügten sich im Interesse der liberalen Gemeinbürgerschaft diesem Beschluß und — geben die Parole aus, gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Aber auch das ist noch nicht das Sonderbarste. Nun kommt die Demokratische Vereinigung und stellt einen eigenen Kandidaten auf. Sie tut das, wie sofort hervorgehoben werden muß, nicht etwa, um die guten Absichten der Fortschrittler zu durchkreuzen, und die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern, sondern im Gegenteil — sie ist davon überzeugt, daß auf die fortschrittliche Hilfe für den Sozialdemokraten kein Verlaß ist und daß nur durch die Sammlung aller bürgerlich-radikalen Stimmen im ersten Wahlgang mit darauf folgender Unterstützung des Sozialdemokraten bei der Stichwahl die Zentrumsherrschaft in Düsseldorf gehrochen werden kann!

Und dieses Zusammentreffen ist nun wirklich das Sonderbarste, es ist das eigentliche politische Wunder vom Rhein. Während sonst die bürgerlichen Parteien nur darüber streiten, wie man die Sozialdemokratie am besten bekämpft, streiten jetzt in Düsseldorf zwei bürgerliche Gruppen, wie man der Sozialdemokratie am sichersten zu einem Wahlsieg verhilft.

Die Demokratische Vereinigung will, wie es heißt, ihren Führer Dr. Breitscheid als Kandidaten präsentieren. Sie zeigt damit, daß sie auf den Versuch, in Düsseldorf möglichst viele liberale Stimmen an sich zu reißen, das größte Gewicht legt, sie zeigt zugleich auch, daß ihr jede aggressive Tendenz gegenüber der Sozialdemokratie in diesem Falle fehlt. Es besteht kein Zweifel daran, daß Breitscheid die Kampfesfront gegen Zentrum, Hanfschund und flauen Liberalismus nehmen und im Falle einer Stichwahl für die Wahl des Sozialdemokraten nachdrücklich eintreten würde.

Die Sozialdemokratie sieht sich bei diesem Streit zwischen Fortschrittler und Demokraten in eine Lage veretzt, in der sie sich nicht so leicht ein zweites Mal finden dürfte. Während es sonst für sie heißt: „Feinde ringsum!“ nahen ihr diesmal zwei verschiedene bürgerliche Parteien mit Unterstützungsangeboten, und jede von beiden will diejenige sein, von der die Sozialdemokratie für ihren Sieg das Meiste zu erwarten hat!

Ein Grund, sich gegen die demokratische Sonderkandidaten zu erheben, liegt trotz des lodenden Verprechens der Fortschrittler, schon im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten stimmen zu wollen, kaum vor. Die Sozialdemokratie schwärmt ja nicht für Sammelkandidaturen, sondern sie will bei den Wahlen ihre eigenen Kräfte erproben, die Zahl ihrer wirklichen Anhänger feststellen. Es kann ihr daher nur recht sein, wenn im ersten Wahlgang die politische Gesinnung der Wählerschaft in ihrer Differenziertheit zu möglichst klarem Ausdruck kommt. Und überdies haben die Demokraten vielleicht garnicht so unrecht, wenn sie behaupten, eine entschiedene Parole für den Sozialdemokraten in der Stichwahl, werde sich wirksamer erweisen, als eine mit Vorbehalten gepflichtete Auforderung, schon im ersten Wahlgang für ihn einzutreten.

Siegt aber die Sozialdemokratie trotz der demokratischen Sonderkandidatur — wie zu hoffen ist und wofür mit aller Kraft gearbeitet werden muß — schon im ersten Wahlgang, so wird sie diesen Sieg aus eigener Kraft errungen haben und keinem Gegner dafür zu Danke verpflichtet sein! Für den Entscheidungstag gilt, wie immer sich die Wahl im einzelnen gestalten mag, unabänderlich die Parole: Nieder mit den Schwärzen in Düsseldorf wie in Wien, auf Rhein wie an der Donau!

Agarische Warenhäuser.

In der neuesten Nummer der „Galberstädter Allgemeinen Zeitung“ vom Sonntag, den 16. Juli, findet sich folgendes Inserat:

Den Herren Landwirten, Landwirtschaftlichen Vereinen sowie landwirtschaftlichen Genossenschaften unserer Bezugs-

Die Beziehungen der beiden Völkern bewohnenden Völkern...
Der Kaiser verlas die Thronrede mit betrieblicher Stimme.

Einzelne Stellen, so der Passus über den Ausgleich in Böhmen, wurden mit Beifall aufgenommen.

Anträge zum englischen Gewerkschaftskongress. Den Gewerkschaftskongress, der am 4. September als 44. seiner Reihe in Newcastle zusammenzutreten wird...

Vor den belgischen Wahlen. Die liberale Linke des Senats und der Kammer beschäftigte sich in einer Sitzung mit der Frage des Kartells mit den Sozialisten für die kommunalen Wahlen.

Von der Balkanhalbinsel. Generalstabsmajor Albin Bey, der mit einem Leutnant und 60 Mann von Ipek nach Diawla aufgebrochen war, und der unterwegs einen Teil der Leute hatte rasten lassen...

Kleine Auslandsnachrichten. Der chilenische Minister der Industrie gab die Erklärung ab, die Agrarpolitik der Regierung werde auf die vermehrte Ausnutzung der fließenden Gewässer für die Bewässerung und Kräfteerzeugung das Hauptgewicht legen.

Zur Niederwerfung des Aufstandes in Arabien beabsichtigt man in Konstantinopel, neuerdings eine größere Truppenmacht — es wird von 15.000 Mann gesprochen — nach Arabien abzuschicken.

Der Senat der Vereinigten Staaten hat die Gesetzesvorlage angenommen, die die Kandidaten bei den Wahlen zum Kongress verpflichtet, ihre Wahlkreisangaben vor und nach der Wahlkampagne zu veröffentlichen.

Parteiangelegenheiten.

Eine interessante Entscheidung. Gegen den früheren Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg, Genossen Karl Thiel, hatten vor einiger Zeit die Vorstände der gelben Wertvereine in Augsburg Verleumdungsklage angehängt...

Gegen dieses unhaltbare Urteil hatte der Beklagte Berufung zum Landgericht eingelegt. Gleichzeitig haben auch die Kläger Berufung eingelegt, weil das Schöffengericht auf eine Geld- und nicht auf eine Gefängnisstrafe erkannt hatte.

Arbeiterbewegung.

Eine Verwarnung des Zentralvorstandes der Buchdrucker an die Mitglieder.

In der Nummer 80 des „Korrespondenten“ vom 18. Juli enthält der Zentralvorstand des Buchdrucker-Verbandes folgende Bekanntmachung:

Die dagegen seitens der Tarifinstanzen ergriffenen notwendigen Maßnahmen haben, speziell an letzterem Orte, einigen Mitgliedern die gewünschte Handhabe geboten, ihre Abneigung gegen den Tarifvertrag und die durch denselben geschaffene gewerbliche Ordnung in einer Weise zum Ausdruck zu bringen, die ebenfalls sehr gegen die guten Sitten wie gegen das Verbandsinteresse verstößt.

Die Versammlungen in Berlin dienen trotz aller wohlgemeinten Bemühungen des Gewerkschaftsvorstandes nicht mehr der gegenseitigen Aufklärung, sondern lediglich der Beschimpfung der Personen, welche durch das Vertrauen der Gesamtheit berufen sind, die Beschlüsse der Generalversammlung auszuführen und der von letzterer gegebenen Richtschnur Geltung zu verschaffen.

Durch Verabwöhnung dieser Vertrauenspersonen des Gesamtverbandes sucht man das gesteckte Ziel, einen neuen Kurs herbeizuführen, zu erreichen, indem man die Amtsniederlegung derselben erzwingt, um dann Vertreter einer der bisherigen entgegengesetzten Verbandspolitiken ans Ruder zu bringen. Daß diese Tätigkeit mit den Beschlüssen der Generalversammlung nicht in Einklang zu bringen ist, ist selbstverständlich, und charakterisiert sich daher diese fortgesetzte Beschimpfung und Verabwöhnung der Mitglieder des Vorstandes und des Gewerkschaftsvorstandes als eine schwere Schädigung der Vertrauensinstanzen.

Der große Teil der Verbandsmitglieder, welcher noch nicht begriffen hat, was für den Weg führen muß, den jene Organisationschädiger beschreiten wollen, möge sich vor Augen halten, daß wir in wenigen Wochen vor neuen Tarifverhandlungen stehen und daß die Kosten der Tätigkeit der radikalen Propaganda die große Masse begreifen muß, wenn sie nicht den Beweis liefert, daß der Verband gewillt und fähig ist, seine Vertragsfähigkeit und Vertragstreue zu beweisen.

Eine solche Warnung, die obenstehende noch mit dem Ausbruch der Mitglieder droht, ist in der modernen Arbeiterbewegung wohl noch nie erlassen worden.

Aus der Buchdrucker-Organisation.

Zum Konflikt bei Egerl und seinen Folgen nahmen am Sonnabend Abend auch die Buchdrucker Stuttgarts in einer stark besuchten Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ Stellung. Nach dem Referat des Gewerkschaftsvorstandes, der in eindringlicher und sachlicher Weise die Haltung der Gewerkschaftler kritisierte und die von ihnen gefasste Resolution empfahl, wurde von einigen Rednern in scharfen Worten gegen die in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse gesprochen.

Die dagegen seitens der Tarifinstanzen ergriffenen notwendigen Maßnahmen haben, speziell an letzterem Orte, einigen Mitgliedern die gewünschte Handhabe geboten, ihre Abneigung gegen den Tarifvertrag und die durch denselben geschaffene gewerbliche Ordnung in einer Weise zum Ausdruck zu bringen, die ebenfalls sehr gegen die guten Sitten wie gegen das Verbandsinteresse verstößt.

Die Versammlungen in Berlin dienen trotz aller wohlgemeinten Bemühungen des Gewerkschaftsvorstandes nicht mehr der gegenseitigen Aufklärung, sondern lediglich der Beschimpfung der Personen, welche durch das Vertrauen der Gesamtheit berufen sind, die Beschlüsse der Generalversammlung auszuführen und der von letzterer gegebenen Richtschnur Geltung zu verschaffen.

Durch Verabwöhnung dieser Vertrauenspersonen des Gesamtverbandes sucht man das gesteckte Ziel, einen neuen Kurs herbeizuführen, zu erreichen, indem man die Amtsniederlegung derselben erzwingt, um dann Vertreter einer der bisherigen entgegengesetzten Verbandspolitiken ans Ruder zu bringen.

Die Versammlungen in Berlin dienen trotz aller wohlgemeinten Bemühungen des Gewerkschaftsvorstandes nicht mehr der gegenseitigen Aufklärung, sondern lediglich der Beschimpfung der Personen, welche durch das Vertrauen der Gesamtheit berufen sind, die Beschlüsse der Generalversammlung auszuführen und der von letzterer gegebenen Richtschnur Geltung zu verschaffen.

Das Proletariat von Saragossa hat ohne irgend welche Unterstützung nur durch seine ausgezeichnete Solidarität die geteilte Macht der Unternehmungen, der Armee und der parlamentarischen Regierung niedergeworfen.

beitern, die ihre Rechte verteidigten. Auch die Frauen haben sich tapfer gezeigt, sie eilten während des Kampfes den Verwundeten zu Hilfe.

Genosse Pablo Iglesias hat gegen die Arbeitermeute und die brutale Haltung der Regierung Protest eingebracht.

Aus Oberschlesien.

Ein neuer „Sozialökonom“.

In der freitagigen „Oberschlesischen Grenzzeitung“ erschien in Nr. 165 ein Artikel unter der Ueberschrift „Handwerk und Schmutzkonturrenz“, der nun natürlich die Kunde durch alle Kapitalistenblätter machen wird, weil er sich so gut eignet, dem Gewerkschaften ein auszuweichen.

Der wachsende Einfluß der verschiedenen Arbeiterorganisationen hat nicht allein eine Verringerung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters selbst herbeigeführt, sondern auch in Verbindung hiermit dieselben auf ein höheres geistiges Niveau gebracht, die wiederum Veranlassung gab, den rein persönlichen Egoismus im Bezug auf Lohnforderungen usw. etwas mehr in den Hintergrund zu stellen, um im Verein mit den Arbeitgebern für eine Verringerung der gesamten beruflichen Lage wirksam zu sein.

Der ursprüngliche Kapitalismus der Gewerkschaften ist merklich abgeklungen, ihre Bewegung geriet in leichteres Fahrwasser, u. hat trotzdem, oder wohl gerade dadurch, Erprobung erfahren, die geleistet wie in jenen Jahren, wo man bei dem „Bischof“ die Frage des „Woher“ ausgehakt hatte.

Wenn auch das ursprüngliche patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gesellen ein Ende gefunden hat, so fängt man doch jetzt auf beiden Seiten an, einzusehen, daß auf die Dauer die bisherige Taktik ganz einfach zur Verelendung beider Teile führt.

Während auf der einen Seite unter Ausschaltung der politischen und religiösen Fragen die Gewerkschaften wirklich positives geleistet haben, zeigten sich hier die Arbeitgeber als ziemlich unanbathbare Schüler. Wenn auch zugegeben werden muß, daß in Gestalt der Arbeitgeberverbände ein ziemlich wirksames Gegengewicht geschaffen worden ist, so ist dieses immer nur nach einer Seite zur Geltung gekommen.

Nach diesem, auch für freisinnige Gemüter unverständlichen Ergebnis, kommt dann eine Lobhudelei auf die „heutige“ Gewerkschaftsbewegung und natürlich auch auf die Unternehmer, die unter der Schmutzkonturrenz u. a. m. zu leiden haben.

Wie dann das Tarifverhältnis gepriesen werden kann, ist ganz unverständlich, zumal jedes Kind es weiß, daß die Taktik der Gewerkschaften stets für Tarifverträge war.

Das Ganze zeigt, in welcher vornehmer Form die Freisinnigen der Arbeiter ein auszuweichen können. Beweis genug, daß derartige Blättchen in Arbeiterwohnungen nichts zu suchen haben. Dem neuen „Sozialökonom“ aber können wir nur raten, die Gewerkschaftsbewegung zu studieren und bis dahin das Schreiben einzustellen, denn der Satz: „Man schreibt an die besten darüber, wovon man nichts versteht“, ist nur für naive Gemüter berechnet.

Beuthen, 19. Juli. Sittlichkeitsverbrechen. Der Grundarbeiter Vietronich aus Russisch-Polen hatte in der Wohnung eines Bekannten in Myslowitz das drei Jahre Mädchen des letzteren allein angetroffen. Weil er sich an dem Kind unzüchtig vergangen hatte, wurde er von der hiesigen Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Beuthen, 19. Juli. Der falsche Gerichtsschreiber. Wegen zahlreicher Betrügereien ist am Sonntag der Gewerkschaftsleiter Dscheda von hier verhaftet worden. Er hatte sich in einer Anzahl von Fällen als Gerichtsschreiber oder Gerichtsvollzieher ausgegeben und sich auf diese Weise größere Geldderträge erschwindelt.

Schwientochowitz, 19. Juli. Verschüttet. Der Bauer Paul Sarachowski von hier war mit zwei Kameraden auf der Deutschlandgrube damit beschäftigt, einen Endstempel unter die Pfandlospe am Weine zu stellen, als plötzlich das Dängende des Pfeilers zu Bruche kam und ihn verschüttete.

Jabrze, 19. Juli. Im Streiter erschlagen. In Paulsdorf geriet vorgestern der Arbeiter Biella mit einem anderen Arbeiter in Streit, in dessen Verlauf dem Biella zwei so starke Stöße mit einer Sense über Kopf und Hals versetzt wurden, daß Biella verblutete. Der Täter wurde verhaftet.

Wagnow, 19. Juli. Grubenunfall. In dem im Weiteren begriffenen Kramtaschichte der Oheingrube riß das Förderseil. Der daran hängende, mit Bergleuten beladene Aufteufstübel sauste in die Tiefe hinab. Von dem auf der Sohle befindlichen Bergleuten wurde der Gefährtenhauer Bracjol von dem Stübel getroffen und erlitt hierbei derartige schwere innere Verletzungen, daß er während des Transportes nach dem Knappschafstlagarett verstarb.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kebab. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schö. S. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Wollen Sie etwas feines rauchen
dann empfehlen wir Ihnen
Salem
Aleikum
Salem Gold

8. Verbandstag der Stukkateure.

Dresden, 18. Juli.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Verbandstag legte die Debatte über den Vorstandsbericht fort. Sie bewegte sich im allgemeinen in demselben Rahmen, wie die gestrige Diskussion. Langer-Dresden beschränkte sich, daß die deutschen Kollegen in Oesterreich sehr schwer Arbeit finden, da die Arbeitsvermittlung durch Bestimmungen des Arbeitsnachweises der österreichischen Bundesorganisation für die deutschen Kollegen sehr erschwert würde. Schramm-Wien versucht, diese Bestimmungen zu erklären und verspricht, für ihre Vereinfachung einzutreten. Nachdem in der heutigen Sitzung noch 14 Redner — gestern waren es über zwei Tausend — zu diesem Punkt gesprochen hatten, fand um die Mittagsstunde ein Schlußantrag Annahme. In den Schlussworten gingen die Referenten auf die in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein und präzisierten ihren Standpunkt hierzu. Redakteur Thielberg-Hamburg erwiderte, auf die bezüglich des Verbandesorgans vorgebrachten Wünsche mehr politische Artikel zu bringen, das Fachorgan sei in erster Linie dazu da, die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. Er hätte es aber immer als seine Aufgabe betrachtet, so viel wie möglich dazu beizutragen, die Mitglieder für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen. Und in diesem Sinne werde er auch in Zukunft wirken. Auf die arbeiterfeindliche Haltung des Journalismus sei genügend hingewiesen worden. Die Bekämpfung der Frauen habe das Verbandsorgan stets begleitet. Es werde seinen Kampf künftig voll erfüllen. (Bravo!)

Zur Frage der Bezahlung der Extramarke wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Verbandstag erklärt, daß die Mitglieder, die mit der Zahlung der Extrabeiträge im Rückstand blieben, verpflichtet sind, diese Beiträge bald nachzulassen. Der Verbandstag betont nachdrücklich, daß die Zahlung der Extrabeiträge ebenso Pflicht der Mitglieder ist, wie die Zahlung der ordentlichen Beiträge. Keinem Mitgliede stehen Rechte zu, das seine Vertragspflicht nicht voll erfüllt hat. Fiskalen und Justizstellen, die während der Lohnbewegung im vorigen Jahre ins Leben gerufen wurden, sind von der Zahlung der Extrabeiträge und Streikbeiträge entbunden. In das Mitgliedsbuch solcher Kollegen ist ein diesbezüglicher Eintrag zu machen.“

Agitation und Organisation

verbreitete sich dann Verbandsvorsitzender Odenthal-Hamburg. Er schilderte die guten Erfahrungen, die der Verband mit den Baueinrichtungen und der Anstellung von Bauleitern gemacht hat, und zeigte, welches großes Agitationsfeld noch vorhanden ist. Nach einer Statistik über die Zahl der in den einzelnen Landesstellen beschäftigten Stukkateure und Gipser ist die Mehrzahl der Unorganisierten in Rheinland, Westfalen, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen zu finden. Da sei zu prüfen, ob die Baueinteilung nicht einer Umänderung oder einer Erweiterung bedarf. Die Bauleiter hätten ja einen bestimmten Plan für eine Neueinteilung der Baue aufgestellt. Der Vorstand schlägt aber vor, zunächst von einer allgemeinen Neuordnung Abstand zu nehmen, den Bau 3 (München) aber aufzugeben und mit Bau 4 (München) zu verbinden und für diesen erweiterten Bau einen Beamten anzustellen. — Odenthal geht in seinen Ausführungen auch auf das Verhältnis mit den Malern ein, und betont, daß die mit Gipser- und Putzarbeit beschäftigten Personen nicht zum Maler- sondern zum Stukkateur-Verband gehören. Redner macht ferner Vorschläge zur Entfaltung einer wirksamen Agitation, besonders die Agitation in den Wintermonaten müsse energischer betrieben werden. Jeder einzelne Kollege habe mitzuarbeiten, dann würden weitere Erfolge nicht ausbleiben. — Zu diesem Vortrage liegen eine Reihe Entwürfe vor, die besondere Wünsche über die Baueinteilung und die Rechte der Baue ausdrücken. Odenthal bittet sämtliche Anträge abzulehnen.

Die Diskussion hierüber wird bis zur Erledigung der Verschmelzungsfrage zurückgestellt. Zur Beratung kommt nun der Punkt:

Angliederung an den Bauarbeiterverband.

Referent Odenthal-Hamburg betonte, die Entwicklung der Unternehmerorganisation im Baugewerbe bedinge den Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen in diesem Gewerbe.

Der Verband habe sich ja schon wiederholt mit der Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes beschäftigt und der Verbandstag in Kassel 1909 habe ausdrücklich festgelegt, daß die Organisation für die Gründung eines Bauarbeiterverbandes eintritt. Damals habe man noch nicht gewußt, daß die Gründung

so schnell vor sich gehe. Nun sei aber die Zeit gekommen, der Frage näher zu treten. Redner erörtert die Gründe, die für die Angliederung an den Bauarbeiterverband sprechen und bespricht dann die vom Verband auf einer Konferenz aufgestellten Verschmelzungs-Bedingungen, die dem Vorstand des Bauarbeiter-Verbandes vorgelegt wurden. In diesen Bedingungen wird die Errichtung besonderer Berufssektionen gefordert, die das Recht haben, selbstständig Forderungen an die Unternehmer zu stellen und deren Anerkennung, vorbehaltlich der Genehmigung des Hauptvorstandes, zu erkämpfen. Bei den Tarifabschlüssen sollen die örtlichen Sektionen Träger der Tarife sein. Diese Bedingungen hat der Bauarbeiterverband im Prinzip akzeptiert. Nicht aber die vierte Forderung, die verlangt: „Besitzt die Organisation der Stukkateure, die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, so ist diese auch in der event. Sektion der Stukkateure und Gipser innerhalb des B.-A.-V. durchzuführen.“ Der Vorstand des B.-A.-V. hat dies abgelehnt, er hält es für unmöglich, daß innerhalb einer Verbandsorganisation die Pflichten und Rechte nach Mitglieder-Kategorien verschieden bemessen werden. Für eine allgemeine Durchführung der Erwerbslosenunterstützung im Bauarbeiterverband seien aber die notwendigen Grundlagen noch nicht geschaffen. Odenthal betont zum Schluß, die Angliederung werde kommen, früher oder später, darauf dränge die wirtschaftliche Entwicklung. Es könne sich aber jetzt nicht darum handeln, zu beschließen, morgen umzusetzen. Das Resultat der Verhandlungen solle den Mitgliedern unterbreitet werden, auf daß diese dazu Stellung nehmen.

In der Debatte nimmt zunächst der Vertreter des B.-A.-V. Baeplov-Hamburg das Wort, der außerordentlich wirkungsvoll die Notwendigkeit der Angliederung des Stukkateurverbandes an den B.-A.-V. zeigt. Die Organisationsform sei keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Angliederung sei eine reine Frage der Zweckmäßigkeit und müsse losgelöst von Personen und sonstigen Fragen sein. Das Vorhaben der Unternehmer bei Kämpfen, die große berufliche Verbündung der Stukkateure und Maurer mache die Angliederung zur Notwendigkeit. Diese großen Verzögerungspunkte — Putzarbeit machen Maurer und Stukkateure — brachten mancherlei Meinungen, die nur durch den Zusammenschluß zu einer Organisation beseitigt werden können. Beachtet müsse aber auch werden, daß die kleinen Organisationen unwirtschaftlich sind, es bleibt ihnen zu wenig Geld für Lohnkämpfe. Baeplov geht dann auf die gestellten Bedingungen ein und präzisiert nochmals den Standpunkt des Vorstandes des deutschen B.-A.-V., der auch schriftlich niedergelegt ist. Er betont zum Schluß, daß es im Interesse beider Teile liegt, eine einheitliche Organisation zu schaffen. Für die angestellten Beamten im Stukkateurverband würde man eine Tätigkeit im B.-A.-V. finden. Der Personentarif solle kein zu großes Gewicht beigemessen werden und den Zweck im Auge behalten, eine große, lebensfähige Organisation zu schaffen, zum Schutz der Bauarbeiter gegenüber den Angriffen der Unternehmer und zur Erringung guter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für sämtliche Bauarbeiter. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Juli.

Geschichtskalender.

20. Juli.

- 1870 Der Augenarzt Albrecht Gräfe in Berlin †.
- 1908 Franz Josef Erhardt, sozialdemokratischer Abgeordneter †.

„Die Sozialdemokraten auf der Straße.“

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie schmückt die Minuterie unserer guten Stadt wieder einmal mit einem überjährigen Pamphlet, das sich auf die Straßendemonstrationen bezieht. Seine Macher haben wohl nachträglich in der Zeitung gelesen, daß am Sonntag eine Wahlfreischdemonstration stattfand und beschlossen aus diesem Anlaß mit den alten Bekannten aufzuräumen, die sie noch am Lager hatten. Da das Blättchen von Einzelteilen wimmelt, die folgenden Inhalt zeigen: „gestohlenen Pfeffer ins Gesicht“, „zwei Personen Revolverpatronen verteilt“, „mit Glasflaschen, Scherben und Steinen nach Schülern geworfen“, „schießen nach hinten“, so paßt

jeder urteilsfähige Mensch das Zeug lachend zusammen und wirft zur Verunzierung des Stadtbildes auf die Straße. Dort klinken es dann jugendliche Liebhaber von Schundliteratur und Mordgeschichten zusammen. Das Komitee gegen Verbreitung der Schundliteratur wird sich deshalb mit diesem Reichsverband einmal beschäftigen müssen.

Nicht viel anders steht es mit einem zweiten Flugblatt, das seinem ganzen Aufbau nach von einem biederen Gottesstrecker verfaßt sein könnte. Christlich klingende Ermahnungen und teufelischer Haß, verbunden mit einer geradezu unglaublichen Unterminierung des Wesens der Sozialdemokratie, sind die Töne, auf die das Machwerk gestimmt ist. „Zoll unser Volk stillos zugrunde gerichtet werden?“ so ruft der Verfasser gepressten Herzens aus! Ein fauler Baum könne nicht gute Früchte bringen, und die Sozialdemokratie sei solch ein fauler Baum. Die Sozialdemokratie leugne, daß Gott der Urquell des Glückes und des Segens sei, sie leugne, daß menschliche Sünde und Selbstsucht der letzte Grund allen Elends sei; eine ganz besondere Unwahrheit der Sozialdemokratie aber sei in der Behauptung zu erblicken, daß alle Menschen auf Erden zur Gleichheit berufen sind. Zum Beweise für diese Unwahrheit führt der Verfasser an: „Der Unterschied zwischen Mann und Weib ist nicht aufzuheben.“ Einer solchen Beweisführung gegenüber müssen freilich Vernunftsgründe böllig versagen. Nach einer Richtung hin ist die Flugchrift allerdings sehr beweisfähig, natürlich dafür, daß es neben klugen auch entsetzlich dumme Menschen gibt. An einer anderen Stelle findet sich der Satz:

„Das Privateigentum der Menschen ist von Gott für heilig erklärt, und es kümmert darum, wie es zu Grunde gekommen ist.“

Wirklich eine feine Moral! Das Privateigentum kann zusammengeklaut, zusammengeraubt, es kann ergründet sein, gleichviel — es ist von Gott für heilig erklärt!

Die Sozialdemokratie habe nicht das Recht, sich als die Vertretung der Arbeiter zu bezeichnen, weil es auch nationale Gewerkschaften, Verbände, evangelische, katholische und vaterländische Arbeitervereine gibt! Schließlich werden die Sozialdemokraten mit Straßendemonstrationen auf eine Stufe gestellt, weil nach Ansicht des Verfassers Streiks und Boykotts nichts anderes bedeuten als: „Weld oder das Leben!“ Dann folgen lunterbunt durcheinander: Ausführungen, die im Reichstage fielen, die Vorgänge in Moabit, der Haß gegen die Kirche usw. Darauf einzu-gehen, kann man sich schenken.

Darauf der Verfasser aber hinzielt, das ist folgendes: Keine Partei dürfe mit der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis schließen, keine Partei aber auch dürfe mit Hilfe der Sozialdemokratie einen Wahlsieg erringen wollen. Die Sozialpolitik darf nicht fortgeführt werden, weil sie den sozialen Frieden nicht gebracht hat. Tarifverträge haben so lange keinen Sinn, so lange es Sozialdemokraten gibt. „Scharfmacher“, „Streikbrecher“ usw. genannt zu werden, muß als Ehre betrachtet werden. Geschäfte, Warenhäuser, die in sozialdemokratischen Blättern inserieren, Aktiengesellschaften, die sich dem Terrorismus der Sozialdemokratie beugen, müssen der allgemeinen Verachtung überliefert werden. Die Regierung muß Maßnahmen ergreifen, um die Sozialdemokratie zu unterdrücken.

Dies ist der wesentlichste Inhalt eines Elaborats, das glühenden Haß gegen die Sozialdemokratie atmet, das man aber schließlich doch nur den Ausgeburten der tropischen Hitze zurechnen darf, die in der letzten Zeit geherrscht hat. Denn daß ein Mensch, der im Vollbesitz seiner fünf Sinne ist, sich von diesem haarsträubenden Unsinn beunflussen läßt, das erscheint doch ziemlich ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Zur Mülheimer Eisenbahnkatastrophe.

Zu dem Eisenbahnunglück wird noch berichtet: Das Eisenbahnunglück hat ein neues Todesopfer gefunden; einer der Schwerverletzten ist in der vergangenen Nacht gestorben. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich somit auf fünfzehn. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Zahl noch erhöhen wird, da noch drei Personen schwer erkrankt daniederliegen. Unter den Toten ist eine Frau noch immer nicht erkannt. Die Aufklärungsarbeiten sind noch nicht beendet, obwohl ein großes Aufgebot von Eisenbahnarbeitern und Militär dauernd an der Trümmerstätte tätig ist. Der Verkehr leidet aber keine Störung. In den ersten Berichten wurde vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß die im Bau begriffene Unterführung aus Eisenbeton, bei der sich das Unglück zugezogen hat, nicht sachgemäß ausgeführt wurde und zur Katastrophe beigetragen habe. Die Vermutung wird jetzt als unzutreffend bezeichnet. Man ist jetzt der Ansicht, daß die Lokomotive zu schwer war und deshalb an der Unglücksstelle durchbrach. Der Lokomotivführer Platten wurde aus der Haft entlassen. Er behauptete bei seiner Vernehmung, daß er sofort, als er die Gefahr erkannte, Gegen-dampf gegeben habe. Er kann sich keine andere Ursache des Unglücks denken, als daß die Aufstrome verlagte. Besonders hervorzuheben ist noch, daß von dem gesamten Zugpersonal niemand verletzt wurde. Die Beamten retteten sich alle, indem sie rechtzeitig vom Zuge sprangen.

Rohe Soldatenmishandlung.

Ein Fall von fortgesetzter, ungemein roher Soldatenmishandlung beschäftigte das Obertribunalgericht in München. Nach der „Frankfurter Zeitung“ handelte es sich um folgenden Sachverhalt: Der Söldnersohn Nikolaus Schmidt mußte im Oktober 1909 bei der 4. Batterie des 1. Fußartillerieregiments in Ingolstadt einrücken. Da er angeblich schlecht zu sehen wurde, er mit anderen Rekruten, die ebenfalls über mangelnde Sehsichtigkeit klagten, in die beim Garnisonlazarett München errichtete Station für Augenuntersuchungen geschickt. Auf Grund der dort gepflogenen Untersuchungen wurde ihm von dem Oberarzt Dr. Hannschöld das Zeugnis ausgestellt, daß sein Sehvermögen gut und er vollkommen militärdiensttauglich sei. Schmidt kam nun in seine Garnison und mußte natürlich den ganzen Dienst mitmachen. Dabei bekam er, wie er behauptete, jedes Mal Stechen auf der Brust, Atembeschwerden usw., kurz, er war nie fähig, auch nur einige Zeit hindurch eine Übung mitzumachen. Und nun wiederholte sich bis zum Januar regelmäßig folgendes: War Schmidt zum Dienst angetreten, so meldete er sich nach kurzer Zeit krank. Er kam dann ins Lazarett oder Revier und nach einigen Tagen wurde er zur Truppe zurückgeschickt, da die Ärzte ihn für gesund erklärten. Am anderen Tage tat er wieder Dienst, kam wieder ins Lazarett und wurde wieder als gesund entlassen. Fünf Militärärzte in Ingolstadt hatten den Schmidt im Laufe der Zeit in Behandlung, und alle behaupteten, der Mann sei gesund und die angeblichen Beschwerden seien simuliert. Als Schmidt am 7. Januar 1910 wieder einmal mit ausgemerkt war, bekam er einen Anfall, fiel zu Boden, strampelte mit den Füßen, verdröhte die Augen und blieb dann anscheinend bewußtlos liegen. Der Batteriechef, Hauptmann August Carl aus Amberg, soll damals den Angefallenen gesehen, gehorft und in 5 Uhr gezwängt haben. Auf Anordnung des Hauptmanns wurde seine Brust mit Schnee eingewaschen und ihm ein Eimer Wasser über den Kopf geschüttet. Da dies aber nichts half, brachte man ihn in eine Turnhalle, wo Schmidt nach einiger Zeit wieder zu sich kam. Er kam dann wieder ins Lazarett; man fand aber wieder keine Krankheitserscheinungen, und nach einigen Tagen wurde er wieder zur Truppe zurückgeschickt. Am 25. Januar mußte sich Schmidt an Turnübungen beteiligen. Als er sich auf den Querbalken hinaufgezogen hatte, ließ er plötzlich los, fiel hinunter und bekam wieder einen Anfall wie früher. Hauptmann Carl hatte bereits Befehl, den Schmidt, wenn er wieder einen Anfall bekäme, liegen zu lassen, bis er und der Arzt anwesend wären. Man schickte nach beiden; der Hauptmann war bald zugegen, und da kein Arzt anwesend war, kam der Sanitätsfeldwebel. Auf Befehl des Hauptmanns wurde nun Schmidt zunächst mit Schnee abgewaschen und dann mit kaltem Wasser (im Winter und im kalten Narne) abgewaschen; dann mußten ihn die anwesenden Soldaten in eine recht unangenehme Lage bringen, worauf sich alles entfernen mußte. Da Schmidt sich längere Zeit nicht rührte, befahl der Hauptmann Carl zwei Soldaten, sie sollten ihn nach der Kaserne führen. Der Weg ging über den Kasernehof. Da gab nun Hauptmann Carl wiederholt den Befehl: „So!

Lassen!“ Die beiden Soldaten ließen den Schmidt los und jedesmal stürzte der Mann zu Boden. Auch über einen Fall, der mit Scherben bedeckt war, wurde Schmidt, der wie ein Betrunkener daherkam, geführt und ebenfalls wieder losgelassen. Daß er diesmal nicht in die Scherben hineinfel, glaubte der Hauptmann wieder als einen Beweis anziehen zu dürfen, daß Schmidt simuliere. Er ritt ihm nach, rief ihn an und da Schmidt nicht reagierte, gab er ihm einen Stoß unter das Kinn und ein paar Ohrfeigen. Der Oberarzt Dr. Mayer, der bei diesen Vorfällen dabei stand, meinte dazu: Der Herr könnte schon, wenn er nur wollte, Hauptmann Carl steig nun vom Pferde, ging den Schmidt, der nach der Handwerkerstube geführt wurde, nach und fragte ihn, wer er sei. Schmidt, der nicht bei Bewußtsein war, sagte „der Michel“, worauf er an der Brust gepackt wurde und abermals Ohrfeigen erhielt. Nun wurde der Mann, der von der Behandlung mit Wasser, dem langen Liegen in Schnee und dem vielen Hinfallen vollkommen durchnäßt war, abgerieben und in frische Kleider gesteckt, dann ließ man ihn liegen. Nach einer Stunde kam der Hauptmann wieder in die Kammer. Schmidt hatte in der Zwischenzeit das Bewußtsein wieder erlangt und der Hauptmann meinte nun, ob er wieder austrüben wolle. „Mir ist alles gleich!“ „So, dann rüden Sie wieder aus.“ Auf dem Exerzierplatz befahl ihm dann der Hauptmann, er solle nun auf dem Platz herumlaufen, mit dem Schritt, mit dem er ins Wirtshaus gehe; da Schmidt aber in gebeugter Haltung ging, wurde er wiederholt angeprochen und schließlich befahl ihm Hauptmann Carl, er solle zu ihm herkommen. Schmidt befolgte den Befehl, als er aber vor dem Hauptmann stand, bekam er einen neuen Anfall. Er fiel zusammen, verdröhte die Augen, strampelte mit den Füßen und verrenkte die Arme. Der Hauptmann befahl nun, einen Geschützweimer mit Wasser zu holen und die anwesenden Mannschaften mußten den Kopf des Schmidt da hineinsetzen. Da Schmidt Herdurch aber nicht zum Bewußtsein kam, ließ Hauptmann Carl den Mann über 100 Mal auf die Füße stellen, worauf Schmidt jedesmal wieder umfiel. Nun mußten die Mannschaften den Schmidt auf die Lauchseite drehen und so festhalten, wobei ihn der Hauptmann mit Schlägen traktierte, schickte ihn an den Ofen in die Höhe usw. Diese Behandlung dauerte über zwei Stunden, dann befahl Hauptmann Carl, den Mann liegen zu lassen, und sich zu entfernen. Nach einiger Zeit, und als der Hauptmann nirgend mehr zu sehen war, packten mitleidige Kameraden den Schmidt, der vollkommen durchnäßt war und sich vor Frost schüttelte, und trugen den Mann in die Turnhalle, die nach

Sitz die Breslauer Landtagswahl

Sind in Breslau jetzt endlich die Termine vom Regierungs-Präsidenten festgesetzt worden. Danach sind die etwa zwanzig Wahlmänner-Ergänzungswahlen am 6. November, die Abgeordnetenwahl ist Montag, den 20. November.

Anfang Dezember 1910 ist der liberale Dr. Ehlers in Berlin gegen die vereinigten Konservativen und Liberalen an Stelle des verstorbenen Zentrumsmannes Rectors Tischbein mit Hilfe der sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt worden. Mithin die Gründe der Reaktionäre mußten dann vier Monate später, Anfang April 1911, dazu herhalten, diese Wahl für ungültig zu erklären. Sieben Monate nach diesem unerhörten Gewaltakt des Dreiklassenhauses sollen die Urwähler und Wahlmänner endlich den fehlenden Landtagsabgeordneten für Breslau wählen.

Wenn die volksfeindlichen Brüder im blau-schwarzen Mantel glauben, daß inzwischen Gras über ihr unsauberes Treiben gewachsen ist, so täuschen sie sich. Die Sozialdemokraten haben es jedenfalls nicht vergessen und werden auf dem Posten sein.

Aus unserer Parteiorganisation.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hat in nächster Zeit folgende Veranstaltungen:

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Bezirks- und Ortsleiter im „Gold. Jopler“, Klosterstraße. Wichtige Tagesordnung.

Donnerstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr: Generalversammlung im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kasienbericht über das Jahr 1910/11. 2. Jahresbericht des Bildungsausschusses. 3. Bericht der Preßkommission. 4. Neuwahlen des Vorstandes, der Revisoren, Bibliothekare, der Preßkommission und des Bildungsausschusses.

Montag, den 31. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Jena. Referent: Genosse Th. Müller. 2. Beratung von Anträgen. 3. Die Wahl der Parteitag-Delegierten. (Ausstellung von Kandidaten und Beschlußfassung über die Urabstimmung.) — Anträge aus Breslau können schon vor der Versammlung an das Partei-Sekretariat gerichtet werden.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen, sich diese beiden Abende zum Besuche der wichtigen Versammlungen frei zu halten.

Der Vorstand
des Sozialdemokratischen Vereins
Breslau.

Die „Christen“ und die Schneiderei.

Durch Lug und Hinterlist haben die „Christen“ bekanntlich bei der letzten Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider die Mehrheit erlangt. Sie riefen aber bald die allgemeine Empörung auch bei den Leuten gegen sich nach, die einseitig genug gewesen waren, „Christlich“ zu wählen, weil sie mit der Mehrheit nichts anzufangen konnten und im Gefühl der eigenen Unfähigkeit die Kasse den Unternehmern überantworteten, anstatt sie selbst zu verwalten. Zum Vorsitzenden wählten sie den reaktionären Unternehmer Kohnstoc, dessen Einfluß schon bisher zum Schaden der Versicherten ausgefallen ist.

Dieser Tage wurde nun der katholische Schneider Fielhauer, der als besondere Fachabteilungsleiter gleich obenan die christliche Vorstandsliste zierte, von einem Berufskollegen befragt, warum sie sich erst hätten wählen lassen, wenn sie von selbst wußten, daß sie von Kassenangelegenheiten nichts verständen. Fielhauer antwortete: „Ja, wir haben ihnen (den Unternehmern) etwa nicht von vornherein die Kasse überlassen wollen. Zuerst wollten wir sie haben; aber die Unternehmer wollten sie auch haben. Da gab's einen Streit und da haben wir uns geeinigt, daß die sie bekommen.“

Im Vorhinein sitzen sechs Vertreter der Versicherten und drei Vertreter der Unternehmer, und da haben sie sich „geeinigt“, daß die Unternehmer die Kasse zu verwalten haben. Aber entspricht das nicht ganz der Logik, die auch sonst die „Söhne der kämpfenden Kirche“

zu beachten pflegen: Die Arbeiter wollen mehr Lohn; die Unternehmer wollen nichts zulegen. Da entsteht ein „Streit“. (Fast hätten wir Streit geschrieben.) Und dann „einigt“ man sich. Beide Teile müssen zu dieser Eintung etwas beitragen. Die Unternehmer müssen sich verpflichten, die bisherigen Hungerlöhne gütlich weiter zu zahlen, wogegen sich die Arbeiter zu verpflichten haben, mit diesen Hungerlöhnen wieder zufrieden zu sein. O heilige Einfalt!

Ueber den Stand des Konfektionsarbeiterstreiks

wurde in der Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes am Dienstag ein kurzer Bericht gegeben. Danach ist der Streik, während die Verhandlungen noch andauerten, beschlossen worden, um die Verwicklungen der Unternehmer zu durchkreuzen. Der Streik erstreckt sich zunächst über dreizehn Firmen. Im Bureau des Schneiderverbandes im Gewerkschaftshaus haben sich schon in den ersten beiden Tagen 400 Streikende gemeldet. Diese Zahl ist überraschend groß, zumal der Vorstand vor Abschluß der Verhandlungen nicht zum Streik gebrängt, sondern den Schneidern freie Hand gelassen hatte. Fortgesetzt gehen noch neue Anmeldungen ein. Der christliche Verband gibt an, daß von seiner Seite 200 Personen streifen. Am Donnerstag dieser Woche werden wieder Verhandlungen abgehalten, von denen es abhängen wird, ob der Streik eine noch größere Ausdehnung erlangen wird. Unter den Konfektionsarbeitern herrscht Kampfesstimmung. Das zeigt sich auch in fortwährenden Anmeldungen neuer Mitglieder zum Verbande. Während der Bewegung allein wurden 200 neue Mitglieder aufgenommen, nachdem schon das ganze vorige Quartal einen lebhaften Zustrom gebracht hatte. Kommt am Donnerstag keine Einigung zustande, dann wird die Arbeitsniederlegung eine allgemeine werden.

Da die Unternehmer die Streikenden von der Krankenkasse abmelden, wurde den Zwischenschlichtern geraten, mit den Gehilfen und Arbeiterinnen das Gleiche zu tun, um Konflikte wegen der Beiträge zu vermeiden. Alle Beteiligten werden dafür aufgefordert, sich sofort bei der Kasse als freiwillige Mitglieder zu melden, um ihre durch die Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht zu verlieren.

Die Polizei interveniert sich gleichfalls für den Streik. In ein Magazinsgeschäft kam ein Schutzmann und fragte, ob dort die Schneider streifen. Die Polizei weiß also offenbar garricht, um was es sich handelt. Ob der Schutzmann zu Zwecken der Reichshausüber die Streiks geschickt worden war, oder ob er vor dem Hause zufällig ein verdächtiges Individuum gesehen hat, das er für einen Streikposten hielt, ist nicht bekannt. Auch zu einem Konfektionsarbeiter ist ein Schutzmann aus dem gleichen Grunde gekommen. Den Streikenden wurde aufgegeben, die Polizei nach dem Gewerkschaftshaus zu verweilen, falls sie über den Streik etwas wissen will. Fern wird ihr die nötige Aufklärung bereitwillig erteilt werden. Der einzelne Streikende dagegen soll sich von der Polizei nicht ausfragen lassen.

Bei den polizeistromen Gastwirten.

Unter Beteiligung von Delegierten der bürgerlichen Gastwirtsvereinigungen trat in den Samstagsabenden zu Cassel der Bund deutscher Gastwirte zu seinem 19. Bundeskongress zusammen, zu welchem auch Vertreter der Regierung, der Stadt Cassel und der Handwerkskammer erschienen waren. Als nach den üblichen Begrüßungen der Vorsitzende das Wort auf den Kaiser ausbrachte und die Abänderung eines Vordruckes in den Protokollen vorlag, widersprach der Delegierte Schütz (Hennburg i. H.) mit dem Hinweis darauf, daß die gegenwärtige traurige Lage des Gastwirtsberufes die Worte von einem solchen Gedanken abbringen müsse; die Art der Behandlung der Gastwirte durch die Behörden sei nicht dem angetan, für ein solches Telegramm Zustimmung zu machen. Diese Meinungen riefen lebhaften „Entwurf“ hervor, der auch der Vorsitzende „energisch“ Ausdruck verlieh, der u. a. betonte, der Bund führe den Namen „Bund deutscher Gastwirte“ nicht umsonst; sie würden keine Tendenzen im Bund aufkommen lassen, die gegen das deutsche Vaterland gerichtet seien.

Nach Verlesung des Jahresberichts wurde in die Beratung wirtschaftlicher Fragen eingetreten. Der erste Referent, Weide (Breslau) führte lebhaften Widerspruch über die außerordentliche Belastung des Gastwirtsberufes durch Steuern, die vielfach der Gastwirtsstand, der dadurch an den Rand des Unterganges gebracht werde, ganz allein zu tragen habe. Besonders verurteilte er gegen die Vertriebs-, Konfessions- und Vergewaltigungen, die gegen die Brauereien. Er betonte dann weiter die Bedeutung des Wirtsgewerbes auch nach der politischen Seite hin und forderte, daß die Wirtse als Staatsbürger behandelt werden und ihnen nicht besondere Lasten aufgebürdet werden. Sein Antrag fand einstimmige Annahme.

Andere Redner wandten sich in teilweise scharfen Worten gegen den Kaiserlich-Preussischen, die Pensionen und Erbschaftsteuer verlangten, daß die Reichstagsabgeordneten sich etwas mit den diesbezüglichen Petitionen der Wirtse vertraut machen sollen, während sich der Reichstagsabgeordnete Werner gegen den darin liegenden Vorwurf der Nachlässigkeit verwahrte. Heide (Breslau) wies auf die Verhältnisse in Göttersberg in Schlesien hin, wo von den alkoholfreien Gastwirtschaften eine

Konfessionssteuer nicht erhoben wird, obwohl dieselben nur veraltete Bierwirtschaften seien. Von allen Rednern wurde die Vereinfachung aller Sonderlasten dringend gefordert. Die Versammlung bedauerte ferner, daß die Regierung ihr Versprechen betr. Entwurf über Abänderung der Reichsverordnungs-Ordnung und speziell des § 33 bisher nicht gehalten habe und forderte den Vorstand auf, diesbezügliche neuere Schritte zu unternehmen. Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden, wie der Referent bemerkte, der Regierung zeigen müssen, wie das Volk denkt, und daß alle Gastwirtsvereinigungen in ihren Forderungen einig sind.

Des Weiteren wurde beschloffen, den Fufelhändlern in Oberschlesien scharfer auf die Finger zu sehen. Der Errichtung von Gastwirtschaften wurde nach den Anträgen der Referenten zugestimmt. — Ueber die Frage der Stellung zu den paritätischen Facharbeitsnachweisen herrschten verschiedene Anschauungen, so die, daß damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt würden. Ein eigentlicher Beschluß wurde nicht gefaßt, angenommen wurde noch der Antrag, daß bei verbotenen Glücksspielen in erster Linie die Spieler unter Strafe gestellt werden sollen.

* Ueber einen unfreiwilligen Aufenthalt auf der Eisenbahn wird berichtet: Die zahlreichsten Ausflügler, die am Sonntag den 8. Juli 43 Minuten von Deutsch-Lissa abgehenden Zug zur Rückfahrt nach Breslau benutzten, wurden unterwegs auf eine harte Gebuldsprobe gestellt. Der pünktlich abgehende Zug fuhr bis Neutritz, wurde hier auf ein Nebengleis zurückgefahren und blieb nun stehen. Sechs Schnellzüge sausten an uns vorüber, drei in der Richtung nach Breslau und drei in der Richtung nach Liegnitz, wir aber standen und standen still, fast eine ganze Stunde lang. Doch die zahlreichsten Insassen des Zuges, alles Sonntagsausflügler, nahmen die Sache nicht krumm; selbst die jungen Damen ertrugen mit stoischer Ruhe diese Art des „Eisenbebens“. Männlein und Weiblein stimmten fröhliche Lieder an, z. B. „Grüß mir mein liebes Döbrot“, „Wir sitzen so fröhlich beisammen“, „Gutenach ist, was verfaßt, was nicht mehr zu ändern ist“, „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“, „Ich hab' mich ergeben“ usw. Ja es schien, als ob manch junges Mädchen an der Verzögerung der Feiertage seine helle Freude gehabt hätte. Dem Glücklichen schlägt ja bekanntlich keine Stunde. Mit einer Stunde Verspätung kam der Zug endlich in Breslau an. Ueber den Grund des langen Liegenbleibens in Neutritz hat man nichts erfahren.

* „Bei Exner ist alle Weile was los“. Das erklärte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Gschütz, in einer Schöffengerichtsverhandlung am Dienstag. Man sollte meinen, daß in dem Lokale von Exner am Mauritiustplatz, wo nur gekümmerte Staatsbürger gern gefundene Gäste sind, eine Schlägerei oder eine Messerstecherei etwas ganz Seltenes ist. Tatsächlich ist das Gegenteil richtig, denn es vergeht fast keine Woche, wo nicht eine Schlägerei bei Exner vor dem Breslauer Richter zum Austrag kommt. In einem Sonntag im Mai 1910 war bei Exner auch der Arbeiter Fritz Jilla, der wegen vieler Messerstechereien schon schwer bestraft worden ist. Jilla, der schließlich mit anderen Langgästen Streit bekam, wurde deshalb vom Landweiser zur Ruhe gewiesen. Weil Jilla den Landweiser tadellos angriff, rief dieser den Ausschreiber des Lokals zur Hilfe herbei. Es entstand im Saale ein großer Tumult, an dem sich auch die jugendlichen Arbeiter Karl und Richard Jilla kräftig beteiligten. Richtig erhielt der Ausschreiber von Fritz Jilla einen wuchtig geführten Messerstich in den Hinterkopf, jedoch er stark blutend davongetragen werden mußte. Der Verletzte war 14 Tage in ärztlicher Behandlung. Wegen dieses Vorfalls hatten sich Fritz, Karl und Richard Jilla vor dem Schöffengericht zu verantworten. Fritz Jilla wurde wegen schwerer Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt. Da wegen der Höhe der Strafe Flußverdracht begründet erschien, ließ das Gericht den Angeklagten im Gerichtszaal sofort verhaften. Die mitangeklagten Karl und Richard Jilla wurden von der Anklage des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs wegen mangelnden Beweises freigesprochen.

* Die fehlende Waschvorrichtung. Der Betriebsleiter der Mühlenbauanstalt von Richard Maluche in der Kospostraße stand vor dem Schöffengericht, weil er es unterlassen hatte, im Arbeitsraum für die Arbeiter eine Waschvorrichtung zu beschaffen. Nach der Gewerbeordnung liegt der zuständigen Polizeibehörde das Recht zu, im Wege der Verfügung das anzuordnen, was für das gesundheitliche Wohl der Arbeiter unbedingt erforderlich ist. Dazu gehört auch in gewerblichen Betrieben die Einrichtung einer Waschanlage. Als die von der Behörde festgesetzte Frist ergebnislos verstrichen war, erhielt der Gewerbeunternehmer einen polizeilichen Strafbefehl über 20 Mark. Der Beschuldigte erhob dagegen Einspruch und machte vor dem Schöffengericht zu seiner Entschuldigung geltend, daß sich der Hauswirt zu einer Verbindung des Leitungsrohres mit dem Vorderhaus nicht verstehen wollte und deshalb die Waschanlage nicht angelegt wurde. Das Gericht verwarf indes den Einspruch. Bei der Wichtigkeit solcher gesundheitlicher Einrichtungen, so meinte der Vorsitzende bei der Urteilsbegründung, konnte der angeführte Entschuldigungsgrund nicht dazu ausreichen, den Strafbefehl aufzugeben. Der Beschuldigte hätte innerhalb der ihm gestellten Frist unbedingt Mittel und Wege finden müssen, um eine Waschvorrichtung anzubringen. Der Fabrikraum ist jetzt im Vorderhaus, wo die Waschvorrichtung angebracht worden ist.

lich auch nicht geheilt war, wo er noch eine Stunde liegen blieb, darauf führte man ihn in die Kaiserin. Schmidt kam nun wieder ins Lazarett, da die Ärzte aber immer noch keinen Krankheitsbefund konstatieren konnten, erkrankte der Mann gegen ihn Todtschick wegen Simulation. Nun kam Schmidt in die psychiatrische Abteilung des Oberkasseler St. Blasheim Sanatoriums. Hier wurde er längere Zeit und eingehend beobachtet und durch eine Verzehrkommision festgestellt, daß die Anfälle des Schmidt weißesohne waren und daß der Mann an Schmitz leidet. Weiter wurde aber auch noch konstatiert, daß Schmidt tatsächlich auf beiden Augen kurzichtig ist. Deshalb wurde er dann im Juni als militärdienstuntauglich entlassen. Hauptmann Carl hatte sich wegen der Verhandlungen im Dezember v. J. vor dem Gewerbeamtgericht Jagodfabr zu verantworten, das ihm zu zehn Tagen Stubenarrest (!) verurteilte. Gegen dieses Urteil legte der Geschädigte Berufung ein. Das Oberkriegsgericht erhöhte die Strafe auf ganze fünfzehn Tage Stubenarrest (!)

Die ungewöhnlichen Wässhaltungen und das milde Urteil reden für sich selbst, jedoch es ist erübrigt, auch nur ein Wort der Kritik anzumenden. Dem bewährten Richter zeigen sie gleichzeitig, in welcher herrlichen Gesellschaft sie leben.

100 000 Mark für ein Volksspielhaus. Der in Wiesbaden lebende Privatier Friedrich Rudolf hat dem Granthauer Lausitzerklub den Betrag von 100 000 Mark testamentarisch überwiesen mit der Bedingung, daß auf dem Feilberg ein Volksspielhaus für Lutzer, Sänger und Wanderer errichtet wurde.

86 Tage geblieben. Großes Aufsehen erregt in New York ärztlichen Kreisen ein eigenartlicher Fall von Schlaflosigkeit, der sich im Springfeld zugezogen hat. Eine Frau, welche 86 Tage geblieben hatte, wurde aufgeweckt und befindet sich augenblicklich auf dem Wege der Besserung. Sie war in den ersten Tagen des Monats März eingekerkert und alle Mittel, sie zum Verzehren zu zwingen, blieben erfolglos. Nach 26 Tagen wurde sie wach, jedoch aber lange Zeit darauf wieder ein. Nachdem es jetzt gelungen ist, sie zu wecken, ist ihr Zustand ein durchaus normaler, jedoch ist sie nicht im Besitze der Sprache, sondern muß sich durch Zeichen verständlich machen. Die Ärzte hoffen jedoch, daß sie auch dieses Gebiet bezwingen werden.

Drei Kinder verbrannt. In dem Dorfe Sigalachi bei Sigenza in Spanien brach in einem Hause Feuer aus, während die drei Kinder des Besitzers allein zu Hause weilten. Der Vater ließ nach seiner Rückkehr mittels einer Leiter in die brennende Wohnung. Es gelang ihm wohl, seine drei Kinder herauszuholen, doch erlitten sie bald danach den entsetzlichen Brandwunden.

Sturmweiter in Rußland. Der furchtbare Sturm der letzten Tage, der über Rußland dahingezogen ist, hat namentlich im Gouvernement Wolgda viel Unheil angerichtet. Im Kreise Grotzowitsch zerstörte der Sturm ein vierzehnjähriges altes, von Iwan dem Grauenamen gegründetes Nonnenkloster und deckte alle Wirtschaftsgebäude ab. Die Klosterkirche ist eingestürzt. 40 Häuser in der Nähe des Klosters sind teilweise zerstört. Sämtliche Felder sind durch den Hagel vernichtet. Mehrere Kinder und viel Kleinvieh sind durch das Unwetter umgekommen.

Eisenbahnkatastrophe in Mexiko. Ein Telegramm aus New York meldet, daß bei Mexiko in Mexiko infolge falscher Reichhaltigkeit ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge stattfand, wobei 40 Passagiere getötet und über 60 verletzt sein sollen.

Schwerer Unfall in einer Feilenfabrik. In einer Feilenfabrik in Wien brach gestern vormittag ein Schmelzstein im Gewicht von 2400 Kilogramm. Durch die herabfallenden Stücke des geschmolzenen Steines wurde ein Feilenhändler sofort getötet und zwei schwer verletzt.

Großfeuer. Ein gewaltiges Feuer wütete gestern vormittag 8 Uhr in Dillingen in Baden. Bis jetzt sind dem Brande vier Wohnhäuser und vier Scheunen zum Opfer gefallen.

Explosion. Am Eingange des erst kürzlich durchbrochenen Marinuswand-Tunnels der neuen Winterwälder Bahn in Tirol entstand in der Reichshaushalle durch grobe Unvorsichtigkeit eine schwere Explosion. Die große Halle samt den neuen Korridoren geriet sofort in Brand und wurde ein Raub der Flammen. Die darin befindlichen Maschinen wurden vollständig zerstört. Auch sollen Menschen dabei zu Schaden gekommen sein. Näheres ist jedoch darüber noch nicht bekannt.

Seine eigene Frau ermordet. Gestern Nacht um 2 Uhr hat der Arbeiter Georg Heilbronn aus Neu-Neuburg bei Frankfurt a. M. auf der Straße zwischen Spandauer und Neuburg

seine 39-jährige Frau durch Messerstiche ermordet und die Leiche dann im nahen Wald geschleppt. Darauf stellte er sich heute früh der Polizei. Heilbronn ist Vater von sechs unmündigen Kindern. Warum er die Tat begangen hat, ist noch nicht bekannt.

Riesenbrand in Weimar. Das große, neuerbaute und erweiterte Dammschneide- und Sägewerk in Weimar, das umfangreichste seiner Art in der ganzen Umgegend, von Konstantin Groß, das sich in unmittelbarer Nähe von der neuen Gasanstalt befindet, ist in der verflochtenen Nacht vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark. Alle neu angeschafften Maschinen und große Vorzüge sind den Flammen zum Opfer gefallen. Das Feuer verbreitete sich so schnell, daß die in dem Werke befindlichen Arbeiter, die die Nachtschicht bei den Maschinen hatten, nur mit Mühe ihr nacktes Leben retten konnten.

Literatur.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 21. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der achte Kongress der deutschen Gewerkschaften. — Kapitalistische Sozialreform. — Von Louise Zieg. — Harmonie der Interessen. — Von Julian Borchardt. — Genossenschaften und Arbeiterbewegung. — Von H. d. — Vom ersten Kongress des Frauenbundes in Italien. — Von Angelika Dalabanoff. — Für und wider das Frauenwahlrecht usw. Außerdem die Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 5 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

„Mahren Jacob“ ist soeben die 15. Nummer des 21. Jahrganges erschienen, die ein Bild des in Dresden verstorbenen sozialistischen Bildhauers Heinrich May, des Schöpfers von Wilhelm Liebknechts Grabmal enthält.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Mey Nagel, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

die Fronten im Kopf, also auch der stärkste Teil eines ...

Um der Verjüngung der ...

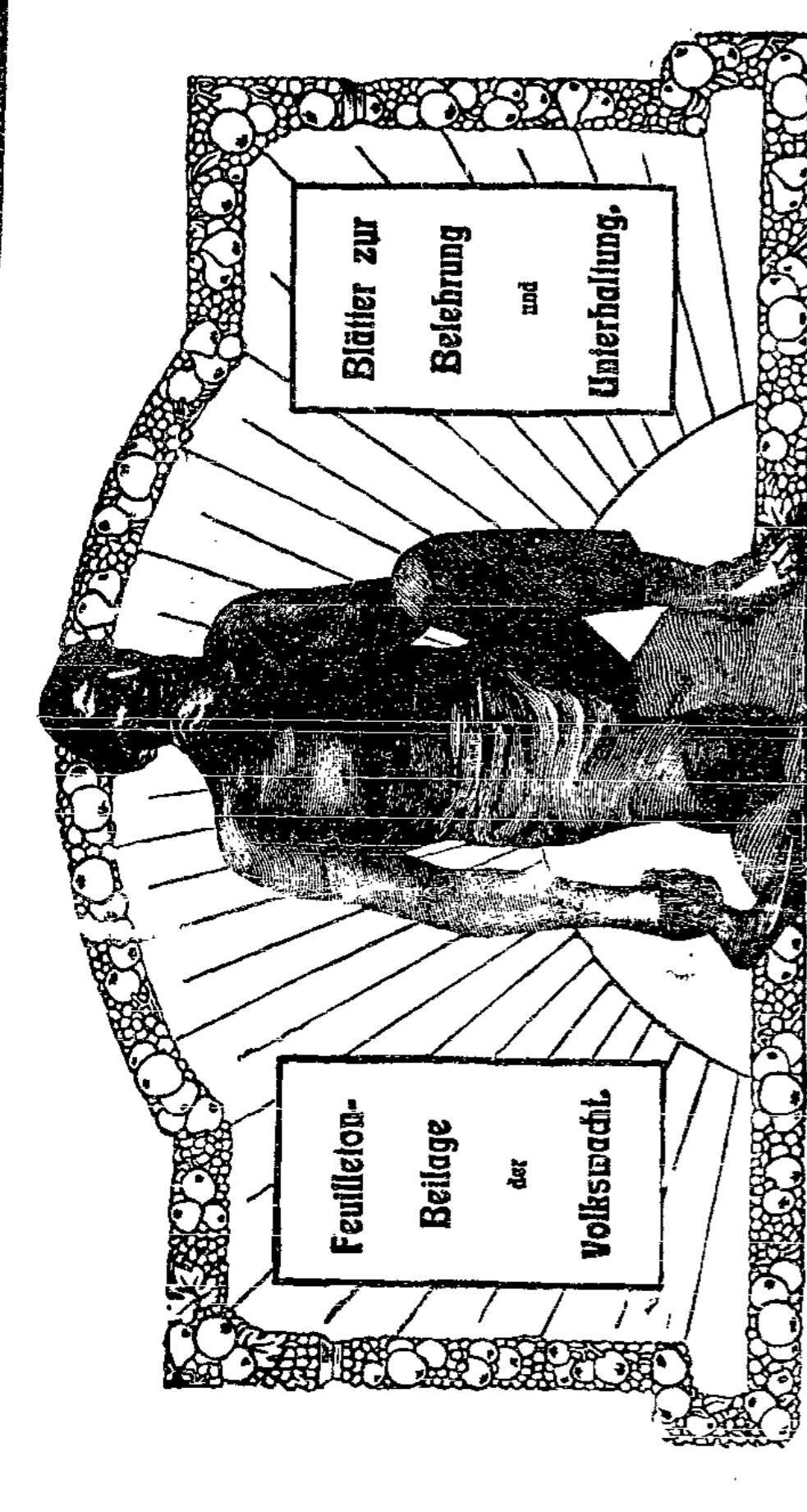
Vor unsern ...

in der ...

ermittelt.

Ein ...

weiteres.



Breslau, den 20. Juli

oben bis unten und marmoriert sie in wilder, bizarrer Laune.

Die kleine Stadt ist hier zu Ende und hat ein'n biden Punkt.

So, es wird ...

Zu diesen ...

1911

... (bottom edge text)

